

G8 und/oder G9 - Produktives Durcheinander oder bildungs- politisches Chaos?

Alle staatlichen Gymnasien unseres Schulbereiches wollen zum nächsten Schuljahr zu G9 zurückkehren

Bis zur endgültigen Abschaffung von G8 müssen auch Gymnasien zwischen G8 und der Rückkehr zu G9 wählen können, so hatte es die GEW-Hessen auf ihrer Landesdelegiertenversammlung im November 2011 in Fulda beschlossen. Die damalige Kultusministerin Henzler behauptete damals noch in ihrem Elternbrief 2011/12, S. 4, : "Bei G8 auf dem richtigen Weg". Ist das Versprechen von höchster hessischer Stelle, Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 auch für die Gymnasien zu gewähren, Folge der Einsicht einer gescheiterten Bildungspolitik?

Frau Henzler wurde im Frühjahr in ihrem Amt durch ihre jüngere Parteikollegin Beer ersetzt, die am 26.06.2012 zusammen mit dem Ministerpräsidenten Bouffier erklärte:

„*Hessen hat erfolgreich G8 eingeführt. Die Landesregierung erachtet die achtjährige Gymnasialdauer mit Verweis auf die erhöhten Zukunftschancen und verbesserten beruflichen Perspektiven der G8-Schülerinnen und -Schüler auch weiterhin als vorteilhaftes Modell. Gleichwohl hat es aus Kreisen der Eltern immer wieder auch den Wunsch nach einer Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 gegeben.

*Im Zuge dieser Entwicklung wurde den Kooperativen Gesamtschulen die Möglichkeit eröffnet, zwischen G8 und G9 zu wählen

***Die Landesregierung wird nun auch allen Gymnasien im Rahmen ihrer eigenständigen Profilbildung eine solche Wahlmöglichkeit eröffnen.“**

Die Einführung der verkürzten gymnasialen Schulzeit in der Mittelstufe war in Hessen seinerzeit konzeptionslos. Die Schulen waren auf sich gestellt. Nun rudert die Landesregierung angesichts anhaltender Kritik und näher rückender Wahlen genauso konzeptionslos zurück.

Statt abzuwarten, bis die Einführungsphase abgeschlossen ist und die Ergebnisse ausgewertet sind, oder einfach dem Elternwillen zu folgen und zu G9 zurückzukehren, werden dem Weg zum Abitur weitere Chaosbausteine hinzugefügt.

Kultusministerin Beer stellt drei Bausteine vor:

1. Weiterentwicklung von G8

Die Kultusministerin meint: „G8 braucht einen Schulalltag, der nicht nur Möglichkeiten zum Lernen, sondern auch zum Üben und Entspannen bietet. An vielen Schulen gelingt dies bereits heute. Diese Schulen haben ihre Stundentafel angepasst und den Schulalltag so getaktet, dass sich die Zeiten für Unterricht, Hausaufgaben, Lern- und Übungsphasen sowie Entspannungs- und Bewegungsphasen sinnvoll abwechseln.“ Was hier in der Pressemitteilung des HKM vom 15.09.2012 beschrieben wird, ist nichts anderes als eine gute, gebundene Ganztagschule. Prima - nur die war der Landesregierung bisher im-



Jürgen Hahn-Schröder

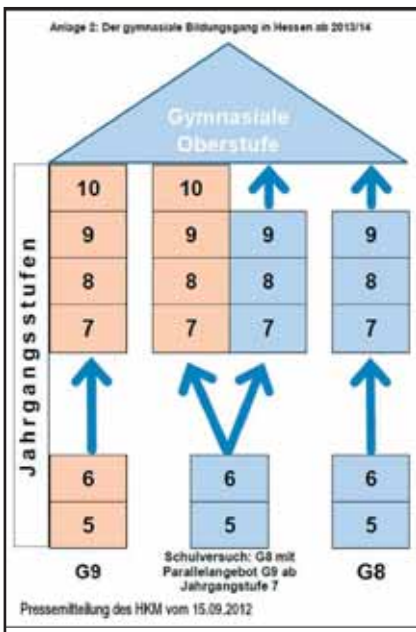


mer zu teuer und wird es angesichts der drohenden Schuldenbremse vermutlich leider auch bleiben.

Die Verantwortung für die schwierige Umsetzung von G8 wird mit blumigen Umschreibungen den Schulen zugeschoben.

2. Wahlfreiheit zwischen G8 und G9

Die Wahlfreiheit kommt zum Schuljahresbeginn 2013/14 (rechtzeitig vor der Landtagswahl) oder zu einem späteren Zeitpunkt. So einfach, wie das klingt, möchte man den Schulen die Rückkehr zu G9 aber doch nicht machen und schafft einen hürdenreichen Weg vom Grundsatzbeschluss einer Schule durch die Schulkonferenz über inner-schulische Gremien der Lehrer-, Eltern- und Schülerschaft bis zur Genehmigung bzw. Zustimmung durch das zuständige Staatliche Schulamt und den Schulträger.



Schulversuch Parallelangebot G8/G9

Eine kleine Zahl von großen Gymnasien in Hessen soll G8 und G9 parallel anbieten können, denn die „Zweizügigkeit in jeder Organisationsform (G8 und G9) muss gewährleistet sein.“ In den Jahrgangsstufen 5 und 6 wird nach der G8 Studententafel unterrichtet. Danach entscheidet die Schule, in welchen Zweig das Kind geht.

Damit liegt an solchen Schulen der Beginn der zweiten Fremdsprache weiter in Klasse 6. Der frühe Beginn hat die Schülerinnen und Schüler schon bisher schwer belastet und stellt ein immenses Hindernis für einen Schulwechsel dar. Fangen dann an solchen Schulen die Schüler, die G9 besuchen, in Klasse 7 die 2. Fremdsprache noch einmal neu an? Bei G9 liegt nämlich da üblicherweise der Beginn der 2. Fremdsprache! Was geschieht, wenn sich G8- und G9-Schüler nach Klasse 6 sehr ungleich verteilen? Kommt dann nur ein Zweig zustande?

Hier scheint ebenso wenig zu Ende gedacht, wie es bei der Einführung von G8 war.

Kein Wunder, dass der **Landeselternbeirat** von diesen Spielchen nichts hält und sich **für eine unverzügliche Rückkehr zu G9** ausspricht. Eine Kürzungs-

möglichkeit sieht er für leistungsfähige Schülerinnen und Schüler lediglich in der Oberstufe. Die von Kultusministerin Nicola Beer in einem Gesetzentwurf eingebrachte Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 lehnt der Landeselternbeirat ab. (Hannauer Anzeiger 29.09.

89 Prozent der Hessischen Eltern mit schulpflichtigen Kindern (79 Prozent bundesweit) wünschen eine Rücknahme der gymnasialen Schulzeitverkürzung (G8). Berücksichtigt man, dass es auch noch Unentschiedene gibt, kann das Votum gar nicht klarer ausfallen. Zu viel Stress, zu wenig Freizeit, zu viel Nachhilfe, so lautet die hauptsächliche Kritik an G8. (Sozialforschungsinstitut TNS Emnid vom 05.09.2012).

Eine Umfrage an Grundschulen ergab, dass deutlich über 90% aller Eltern, deren Kinder im kommenden Schuljahr in die Gymnasien wechseln werden, G9 wünschen.

In Marburg stehen die Zeichen in den Gymnasien eindeutig auf Rückkehr zu G9. Bei einer öffentlichen Stadtschul-elternbeiratssitzung am 08.11.2012 in der Martin-Luther-Schule forderten anwesende Eltern darüber hinaus die Möglichkeit einer Rückkehr zu G9 für Schülerinnen und Schüler, die sich momentan in den Jahrgängen 5 und 6 der Gymnasien befinden. Auch die meisten Eltern aus den 4. Klassen der Grundschulen wünschen sich das sehr und bedrängen die politischen Entscheidungsträger nachhaltig, was mit näher rückendem Wahltermin zunehmend politischen Druck zu entfalten vermag. Hier und da wird geglaubt oder verbreitet, dass ein städtisches Gymnasium dazu verpflichtet werden könne, weiterhin G8 anzubieten. Das Schulgesetz sieht dazu weder eine Wahlfreiheit der Elternschaft noch ein Bestimmungsrecht des Schulträgers oder eines Staatlichen Schulamtes vor, da es sich um eine innerschulische Organisationsfrage handelt. Und so ist es an den Schulen, über G8 oder G9 zu entscheiden. Wenn sie das in enger Kooperation tun, ist das sehr zu begrüßen

Bildung braucht Zeit. Weniger Zeit bedeutet mehr Stress, weniger Übungsphasen und öfter auch weniger Lernerfolg und mehr Schuldzuweisungen. G9 bedeutet mehr Zeit für Inhalte, Lernprozesse und Lernerfolge. Mehr Zeit auch am Nachmittag. Mehr Zeit für Schüler/innen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und sich auszuprobieren. Mehr Zeit für Elternhäuser, sich den Kindern zu widmen statt deren Hausaufgaben. Mehr Zeit für Lehrer, sich um die Schüler zu kümmern. Mehr Zufriedenheit.

Wir sind für ein zukunftsfähiges, integriertes, öffentliches Bildungssystem mit einer vielfältigen Wertschätzung seiner Akteure und gegen die Privatisierung von öffentlichen Aufgaben, die von einem demokratischen und sozialen Gemeinwesen weggeführt statt es weiterzuentwickeln. **Jürgen Hahn-Schröder**



VERA sitzt in PISA im IGLUund fragt sich: welche Schule wollen wir?

Diese Frage stellt auch die Vortragsreihe, die am 1. November mit einer Podiumsdiskussion im Hörsaalgebäude der Philipps-Universität begann. Im Namen der Veranstalter [GEW, AStA Marburg, Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) und Strömungen] begrüßte Erwin Junker das Publikum im gut gefüllten Hörsaal 00/070 und erläuterte, dass die Vortragsreihe den von der Landesregierung verweigerten Diskussionsprozess über die Bildungsreformen von unten zu organisieren versuche.

Er bedauerte die kurzfristige Absage Bernd Schreiers, des Leiters des Instituts für Qualitätsentwicklung (IQ), der im März d. J. selbst vorgeschlagen und zugesagt hatte, an der Podiumsdiskussion teilzunehmen. Nicht nachvollziehbar sei auch, dass das IQ keinen anderen Repräsentanten aufbot.

Vergebens habe man sich zudem um einen Vertreter der Vereinigung der Hessischen Unternehmerverbände (VhU) bemüht. Die VhU fordert seit gut acht Jahren die „Selbstständige Schule“, die Verkürzung der gymnasialen Schulausbildung und die Modularisierung des Studiums. Sie rühmt sich auf ihrer Homepage, großen Einfluss auf die hessische Bildungspolitik auszuüben. Einen Diskutanten vermochte sie nicht zu entsenden.

So konnte der Moderator des Abends, Prof. Hans Peter Voss, Leiter der Geschäftsstelle für Hochschuldidaktik in Karlsruhe, nur einen ausgewiesenen Befürworter der jüngsten Reformen begrüßen: Ralf Hartung, der bis vor kurzem im Hessischen Kultusministerium maßgeblich für die Arbeit des IQ verantwortlich war, seit Beginn dieses Schuljahres allerdings als Schulleiter tätig ist. Für ihn stellen die neuen Kerncurricula, die Orientierung auf den Output von Lernprozessen und die Kompetenzorientierung logische Reaktionen auf die PISA-Studien dar. Dass diese von der OECD, einer Wirtschaftsorganisation, verantwortet werden, wollte er nicht überbewerten. Zu G8 äußerte er sich nicht, da, so seine

Begründung, „seine“ Schule zu G9 zurückkehre. Kerncurricula seien, so Hartung, die richtige Antwort auf das Problem des zu umfangreich gewordenen Lernstoffs: Sie böten verbindliche Inhalte und Freiraum zugleich; man möge nun, so sein Plädoyer, den Schulen Zeit geben, ihre Curricula zu entwickeln, die Wirkung der Reformen abwarten und sie nicht vorschnell verurteilen.

Dieser Vorwurf richtete sich vor allem gegen Prof. Dr. Hans Peter Klein von der Universität Frankfurt/M. Dieser vertrat die These, die vom Ministerium und dem IQ durchgesetzten Reformen hätten schon jetzt zu deutlich höheren Abiturientenzahlen, aber auch zum Verlust von Fachwissen und signifikant gestiegenen Durchfallquoten an den Universitäten geführt. Statt Schulen und Hochschulen besser auszustatten, finanziere das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung Brückenkurse, um Abiturienten auf das Studium vorzubereiten: Ausdruck des Scheiterns der Reformen! Die mit der Kompetenzorientierung verbundene, in der Lehramtsausbildung inzwischen verbindliche konstruktivistische Lerntheorie werde von der Hattie-Studie widerlegt; in den USA habe man längst erkannt, dass der eingeschlagene Weg mit Bildungsstandards, Kompetenzorientierung und Lernstandserhebungen in die Irre führe.

Der GEW-Vorsitzende Jochen Nagel thematisierte, anders als Hartung und Klein, den gesellschaftlichen Rahmen, in dem Bildungspolitik stattfindet. Er ver-



Prof. Dr. Hans-Peter Klein von der Universität Frankfurt/M. bei der zweiten Veranstaltung zum Thema „Bluff der Bildungsstandards“ .
Fotos: (3) Erich Schumacher

wies auf die chronische Unterfinanzierung des Bildungswesens und bezeichnete die von Hartung gepriesenen Reformen als Manöver zur Ablenkung von den wirklichen Problemen. Die Reformen zielten nicht auf möglichst gute Entwicklung der jungen Menschen, sondern auf maximale Ausnutzung des sogenannten „Humankapitals“. Die Mess- und Test-Industrie, die im Schulwesen knapper halte, führe zur Verschwendung knapper Ressourcen. Unsinnigerweise würden Lehrkräfte nun damit beauftragt, an jeder einzelnen Schule selbst ein Curriculum zu entwickeln, um die inhaltslosen Kerncurricula überhaupt anwendbar zu machen.



Ralf Hartung, ehem. HKM, jetzt Schulleiter



Laurien Simon Wüst, Landesschülersprecher

Birgit Eggert, die viele Jahre dem Landeselternbeirat angehört hat, beantwortete die Fragestellung der Vortragsreihe eindeutig: Eltern wollten eine demokratische und von Demokratiepädagogik geprägte Schule. Gerade dies werde durch die Reformen kaputt gemacht. Mit der Einschulung beginne für Eltern eine Zeit der Angst, Verwirrung und Überlastung. Immer mehr Verantwortung werde auf Schüler und Eltern abgewälzt. Schulwechsel sei schwieriger geworden statt leichter.

Der Landesschülersprecher Laurien Simon Wüst führte anschaulich aus, wie sehr die derzeitige Bildungspolitik den Wünschen und Interessen der Schülerinnen und Schüler widerspreche. Lernprozesse würden inhaltsleer und formalisiert, zielten auf triviale Ausbildung und

stromlinienförmigen Nachwuchs. Junge Menschen wollten jedoch ausscheren, quer denken, widerständig sein. Er fragte, ob Schule die von Leistungsdenken, Anpassungsdruck und Konkurrenzkampf geprägt sei, nicht längst ihren Bildungsauftrag verfehle.

Bemerkenswert auch, dass Elternbeiträge aus dem Plenum die von Nagel, Eggert und Wüst angesprochene Ökonomisierung des Bildungswesens illustrierten und scharf kritisierten. Ein aufgebrachter Vater fragte, ob wir in solch einer Gesellschaft leben wollten, in der Eltern ihr fast volljähriges Kind nicht mehr kennen, weil man im Alltagsstress nebeneinanderher lebe, und in der Studierende primär karriereorientiert studierten.

Die Diskussion zeigte, dass nicht nur die einzelnen Baustellen der Bildungspro-



Jochen Nagel, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

G E G E N R E D E

Professor Rainer Lersch, seit 47 Jahren GEW-Mitglied und beratend tätig bei der Einführung des kompetenzorientierten Unterrichts in Hessen (HLZ 3/2012), verließ die Veranstaltung vorzeitig. In einem Brief zeigte er sich anschließend verärgert über die „einseitig tendenziöse Veranstaltung“, die „ideologische Indoktrination des Publikums“ und die parteiische Haltung des Moderators. Die HLZ dokumentiert seinen Brief in Auszügen.

Herr Hartung bemühte sich um eine sachliche und sehr fachkundige Erläuterung der Position des HKM in disziplinierter Einhaltung der Redezeit, was auch vom Publikum entsprechend goutiert wurde. Herr Klein hingegen „verührte“ eine Menge von reichlich Ahnungslosigkeit getriebener Halbwahrheiten zu einem ideologischen „Brei“, den er dann in fast unbegrenzter Redezeit in Form von Polemik darbieten durfte.

Auch ein Vertreter der Gesellschaft für „Bildung und Wissen“ (als wenn das dasselbe wäre!) müsste wissen, dass die Basis einer jeglichen fachlichen Kompetenz systematisches, an der Struktur der jeweiligen Disziplin orientiertes Fachwissen ist, und darf nicht so tun, als würde mit der Einführung der Standards nur noch formale Bildung ohne Inhalte betrieben! Schon mein Vorgänger in Marburg, Wolfgang Klafki, hat den Gegensatz von materialer und formaler Bildung in seiner Theorie der kategorialen Bildung aufgehoben und daraus mit der kritisch-konstruktiven Didaktik ein letztlich kompetenzorientiertes Bildungskonzept entwickelt, ohne dass man ihm je eine unkritische Haltung hätte unterstellen können. Auch dass sich im kompetenzorientierten Unterricht für die Schüler ganz besondere Chancen bieten, sich „ihres Verstandes ohne Anleitung eines anderen zu bedienen“ (Kant) – und sich somit „Bildung“ ereignet –, ist Herrn Klein entgangen.

Die GEW in Hessen tut sich wahrlich keinen Gefallen damit, statt kritisch-konstruktiver Positionsentwicklung und -vertretung nur noch ideologisch geprägtes Nein-Sagen zu praktizieren, was ich schon seit einiger Zeit mit Besorgnis registriere.

Dies ist nämlich auch nicht gerechtfertigt angesichts des nachvollziehbaren Unmuts über die von der KMK und dem HKM nahezu ohne gesellschaftliche Partizipation geschaffenen Fakten (was ich gegenüber den in Hessen Verantwortlichen immer moniert habe)!

Prof. Dr. Rainer Lersch, Marburg

litik (Kompetenzorientierung, Bildungsstandards, Kerncurricula, Selbstständige Schule, Lernstandserhebungen usw.), sondern vor allem ihre gesellschaftlichen Rahmenbedingungen kritikwürdig sind. Hartung blendet diesen Kontext aus und versucht, die Bedeutung der Partialinteressen von z.B. OECD und Bertelsmann-Stiftung zu relativieren. Er verschweigt, dass er als Ministerialrat darauf bestanden hat, fachliche Inhalte aus den Kerncurricula zu entfernen und wirft wider besseres Wissen seinen Kritikern Voreiligkeit vor. Ist nicht aber das Gymnasium, das er seit kurzem leitet und das beschlossen hat, von G8 wieder zu G9 zurückzukehren, das beste Beispiel für das Scheitern überstürzter Reformen und für eine sinnvolle, rasche Korrektur derselben?

Die Organisatoren der Vortragsreihe „Ökonomisierung oder Demokratisierung?“ halten ebenfalls nicht viel von Abwarten. Sie versuchen, mit den weiteren Veranstaltungen in diesem Wintersemester ein Forum für eine kritisch-konstruktive Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Schul- und Hochschulentwicklung zu bieten und alternative Perspektiven aufzuzeigen.

Prof. Dr. Joachim Hösl



Jeweils mehr als 100 Besucher kamen zu den ersten beiden Veranstaltungen der Ringvorlesungsreihe und diskutierten engagiert mit.

Die weiteren Termine:

17.01.2013
Das Bildungswesen
ist kein Wirtschaftsbetrieb!
Einsprüche gegen die
betriebswirtschaftliche Umsteuerung
des Bildungswesens
Dr. Matthias Burchardt
(Universität Köln)

31.01.2013
Alternativen:
Eine bessere Schule ist möglich!
Prof. Dr. Anton Hügli
(Universität Basel)

07.02.2013
Emanzipation statt Anpassung:
Was müssen Menschen
in einer Welt der Umbrüche
wissen und können?
Prof. Dr. Oskar Negt
(Hannover)

Wer Kontakt zur Vorbereitungs-AG aufnehmen, Anregungen oder Kritik loswerden möchte, kann sich wenden an:
Wilfried Müller-Radtke:

wilfried muellerradtke@gmx.de

Vortragsreihe

Ökonomisierung oder Demokratisierung?

Was wird aus unserem Bildungswesen?



Fehlstart in die Inklusion - Menschenrecht in Hessen unter Haushaltsvorbehalt

Aller Kritik zum Trotz ist ein Jahr nach der Neuregelung der sonderpädagogischen Förderung im Hessischen Schulgesetz (HSchG) nun auch die lange umkämpfte neue sonderpädagogische Verordnung (VOSB) in Kraft getreten. Doch schlimmer noch als die Verordnung, welche die bisher für den Gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder geltenden Standards dramatisch absenkt, ist die Realität. Die Erfahrungen mit der Vorbereitung dieses Schuljahres zeigen deutlich, dass es dem Hessischen Kultusministerium (HKM) nicht um eine sachgerechte Umsetzung des Inklusionsgebots der UN geht, sondern um Mangelverwaltung. Die Empfehlung Hessischer Förderausschüsse sind in den meisten Fällen nicht das Papier Wert, auf dem sie stehen. In dem Bemühen, den eklatanten Mangel an Personal zu verschleiern, Widersprüche zu vertuschen und Mitglieder von Förderausschüssen zu reglementieren, greifen einzelne Schulämter zu mehr als fragwürdigen Methoden.

Kein müder Euro für die Inklusion

Im März 2012 hat der Bildungsökonom Prof. Klaus Klemm ein Gutachten zu den Kosten der Inklusion vorgelegt, das er im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung erstellt hat. Dieses Gutachten beziffert den zusätzlichen personellen Bedarf für Hessen mit 380 Lehrerstellen oder rund 27 Millionen Euro pro Jahr. Dies sei nötig, wenn die bisherige Förderung behinderter Kinder auch im Regelschulsystem geleistet wird. Die genannten Zahlen beziehen sich auf den Bedarf im Jahr 2020 nach Abschluss eines angenommenen Übergangszeitraums und basieren auf der Voraussetzung, dass alle Förderschülerinnen und Förderschüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen, Emotionale und soziale Entwicklung (ESE) und Sprache sowie die Hälfte aller anderen FörderschülerInnen bereits an Regelschulen unterrichtet werden. Es sind Mehrkosten also, die in dieser Höhe erst anfallen, wenn alle Lernhilfe-, Sprachheil- und Erziehungshilfeschulen aufgelöst und alle Förderschullehrkräfte, die derzeit noch in den entsprechenden Förderschulen arbeiten, bereits im Regelschulbereich eingesetzt sind.

Doch das schwarz-gelbe Hessen ist weit davon entfernt, sich die Inklusion auch nur einen müden Euro kosten zu lassen. Es hat im Gegenteil die Inklusion als Sparmöglichkeit entdeckt. Alleine die Streichung der Klassenhöchstgrenzen, die bisher für gemeinsamen Unterricht galt, aus der neuen Verordnung spart dem Land ca. 350 Stellen.

Dass die bereit gestellten Ressourcen für die „inklusive Beschulung“ aller Kinder, die nach § 51 HSchG als „Regelreform in der allgemeinen Schule“ stattfinden soll, nicht reichen würden, wusste man natürlich auch im HKM. Deshalb sah man sich genötigt in § 54(4) den rechtswidrigen - ein Menschenrecht lässt sich nicht unter Haushaltsvorbehalt stellen - Ressourcenvorbehalt ins Schulgesetz zu schreiben, der die Unterrichtung von Kindern mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung in der Regelschule abhängig macht vom Vorhandensein der nötigen personellen und sächlichen Mittel.

In Absatz 3 des gleichen Paragraphen findet sich eine weitere wichtige Bestimmung, die den Schulbehörden bei der Umsetzung nun erhebliche Schwierigkeiten macht. Das Gesetz sieht hier nämlich einen Förderausschuss vor, der in jedem Einzelfall eine Empfehlung aussprechen soll über „Art, Umfang und Organisation der sonderpädagogischen


Förderung“ eines Kindes in der Regelschule. Diese Bestimmung suggeriert einzelfallbezogene Lösungen. Schulämter und die zu „kleinen Schulämtern“ mutierten BFZ sehen sich jedoch angesichts des eklatanten Mangels zu „systembezogenen“ Lösungen genötigt. Sie erledigen ihre Aufgabe der Mangelverwaltung - das zeigen die Erfahrungen der letzten Monate - in der Weise, dass die wenigen für die sonderpädagogischen Förderung in den Regelschulen zur Verfügung stehenden Förderschullehrer-Stellen auf die einzelne Schule entsprechend ihrer Gesamtschülerzahl herunterrechnet und somit system- bzw. schulbezogen vergeben werden.

Spardiktat: Vermeidung von Förderausschüssen

Man stelle sich vor: In jedem Einzelfall eines schulpflichtigen Kindes, bei dem ein Anspruch auf sonderpädagogische Förderung vermutet wird, berät ein Förderausschuss, wie es das Gesetz vorsieht, ergebnisoffen und sachgerecht, wie dem jeweiligen Kind eine hochwertige Bildung in der allgemeinen Schule garantiert werden kann und welche angemessenen Vorkehrungen die Schule dafür treffen muss. Aus Sicht des HKM wäre dies der Super-GAU. Der Mangel würde in zahllosen Fällen offenkundig, viele Kinder müssten aufgrund des Ressourcenvorbehalts in die Förderschule zwangseingewiesen werden, zahlreiche auch vor Gericht ausgetragene Konflikte wären die Folge. Daran kann man in Wiesbaden kein Interesse haben. Deshalb wunderte es nur auf den ersten Blick, dass schon bald nach Verabschiedung des HSchG und in deutlichem Gegensatz zu diesem der Feder führende Fachbeamte des HKM versuchte, den BFZ-Leitungen eine Richtung vorzugeben, die da hieß, Förderausschüsse möglichst zu vermeiden und nach Möglichkeit in den beiden ersten Schulbesuchsjahren keine Förderausschüsse zuzulassen. So lässt sich auch verstehen, warum von Schulbehörden mancherorts versucht wurde, die Not zur Tugend umzuwenden und die Verteilung des Mangels nach dem Gießkannenprinzip als Königsweg zu preisen.

von Johannes Batton

....

 **der vollständige Artikel ist zu lesen auf:**
WWW.gew-marburg.de

In Arbeit: Schwarzbuch Inklusion

Am 27. September 2012 hat sich die Gruppe InklusionsBeobachtung (gib Hessen) in einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt. gib Hessen hat sich zum Ziel gesetzt, die Umsetzung des Inklusionsprozesses - vor allem im Bildungsbereich - in Hessen kritisch zu begleiten und zu beobachten.

Auch versteht sich gib Hessen als Beschwerdestelle: Menschen, die sich über praktische Probleme und Schwierigkeiten, die bei der Realisierung der Inklusion auftreten, beschweren wollen, können sich über die Internetadresse www.gib-hessen.de an die Gruppe InklusionsBeobachtung wenden.

Als ersten Arbeitsvorhaben wird gib Hessen Daten aus allen staatlichen Schulämtern zur Umsetzung der Inklusion erheben und ein „Schwarzbuch Inklusion“ herausgeben.

In der Gruppe InklusionsBeobachtung Hessen haben sich der Landesbehinderterrat, der Elternbund Hessen, die Landeschülervertretung, die Landesarbeits-



gemeinschaft Hessen „gemeinsam leben-gemeinsam lernen“ sowie die GEW Hessen zusammen geschlossen.

➔ Weitere Informationen gibt es auf der Homepage www.gib-hessen.de

Alte Fronhofschule versilbert: 1.111 111 111,11 Euro im Stadtsäckel

Den Käufer will die Stadt Marburg nicht nennen: Für Rund 1.1 Millionen Euro wurde das alte Jugendstilgebäude in der Schulstraße in Marburg an einen privaten Investor verkauft. In dem Gebäude war zuletzt die Sprachheilschule Fronhofschule untergebracht, die trotz Einwände von Eltern und der GEW an die ehemalige Pestalozzi-Schule angegliedert wurde. Zwei Schulnamen sind verschwunden: Fronhofschule und Pes-

talozzi-Schule, für letztere hat man sich den ideenreichen Namen „Schule am Schwanhof“ ausgedacht.

Eine soziale Nutzung der Fronhofschule hätten wir uns durchaus vorstellen können: zum Beispiel Nutzungen für die benachbarte Otto-Ubbelohde-Schule.

Jetzt sind wir auf die neue Nutzung gespannt: ein Ärztehaus, Rechtsanwälte oder vielleicht ein Versicherungsbüro einer bedeutenden Vermögensberatung?



Jubel mit Husel

GEW ehrt langjährige Mitglieder

„Fit wie ein Turnschuh“ bedankte sich der Jochen Dietrich für die Ehrung zu seiner 55 jährigen Mitgliedschaft (Bild re. ob.). In einem kleinen Beitrag berichtete er anschaulich aus den Anfängen der Lehrgewerkschaft, die in den Nachkriegszeiten wahrlich andere Probleme hatte als heute. Seine erste Gehaltsabrechnung hatte Jochen Dietrich mitgebracht...

In musikalischer Form erinnerte das Unterhaltungsgenie Rainer Husel mit Songs an die Zeiten, in denen die Kolleginnen und Kollegen zur GEW gefunden hatten. Nach der Stärkung am Buffet, zubereitet von „Aroma“ im Schwanhof, wurden bei Wein, Sekt und Bier noch bis Mitternacht Erlebnisse ausgetauscht und das Wiedersehen in diesem netten Rahmen gefeiert.



Fotos: Erich Schumacher

Geehrt wurden:			
Ferrando i MelRiàosa, Maria	25	Schorn, Renate	30
Gronau, Martin	25	Sersch, Urban	30
Gündüz, Serafettin	25	Stolte, Bernd	30
Herrmann, Heike	25	Töllner, Ulrike	30
Herwig, Claudia	25	Geiler, Bernd	35
Kittlitz, Dietmar	25	Gembatzki, Edeltraud	35
Ludwig, Ilona	25	Hatscher, Peter	35
Peter, Bernd	25	Hirt, Gunter	35
Schöpe-Hellwig, Regina	25	Lambinet-Potthof, Wilfrud	35
Schwarz, Regina	25	Netsch, Klaus Peter	35
Seifried, Ines	25	Proksch, Josef	35
Siebecke, Katja	25	Reif, Ellen	35
Voßmeier, Heinz-Jürgen	25	Reinert, Wolfgang	35
Ziegenbein, Rosel	25	Romeiser, Brigitte	35
Boppert, Gerlinde	25	Rothenpieler, Frank	35
Hahn, Eva	25	Schaar, Gudrun	35
Ludwig, Ilona	25	Schemm, Cristoph	35
Andersch, Maria	30	Schmidbauer, Petra	35
Becker, Johannes-M.	30	Schmidt, Manfred	35
Behre, Jutta	30	Schönwetter, Christa	35
Biehn, Hans-Werner	30	Schorge, Hermann	35
Brocke-Harboth, Reinhild	30	Wahlen, Rosemarie	35
Ensgraber-SchLmeoidntie	30	Weisel, Barbara	35
Gausmann, Frank	30	Wolny, Dieter	35
Hanefeld, Gisela	30	Zettler, Elke	35
Hermann, Rainer	30	Hessling-Beine, Maria	35
Losse, Michael	30	Werterbach, Ingeborg	35
Rüger, Marianne	30	Scholz Dr., Gudrun	35
Schlosser-Osa, Cdharista	30	Bernard, Charlotte	40
Schmermund, Ulrich	30	Bickel-v. Wang, Uetneheim	40
Schmidt, Annette	30	Buchholz-Wern, Meornika	40
		Garscha, Helga	40
		Gerber, Hans-Werner	40
		Hopf, Rudolf	40
		Junker, Hans	40
		Kesting, Heidi	40
		Kesting, Ekkehard	40
		Klug, Ingeborg	40
		Kreye, Ulrike	40
		Kreye, Rainer	40
		Kustosch, Brigitte	40
		Lange, Hartmut	40
		Luttrupp, Annelise	40
		Mohr, Gisela	40
		Motzer, Michael	40
		Orbach, Hannelore	40
		Pappert, Hermann	40
		Preisler, Volkmar	40
		Rödiger, Kurt	40
		Rogausch-Gelldrbmaeclha	40
		Simon, Ulrike	40
		Statjeva, Christa	40
		Stübig, Heinz	40
		Ulrich, Kristin-Barb.	40
		Vogelbein, Ludger	40
		Winter, Marianne	40
		Gerber, Hans-Werner	40
		Dietzel, Christiane	40
		Hopf-Papke, Gisela	40
		Röder-Spangenberg, Waltraut	40
		Timmermann, Christine	40
		Boulnois, Reiner	40
		Györkös, Janos	40
		Hankammer, Horst	45
		Kionke, Manfred	45
		Soudi, Marga	45
		Faber, Hans	50
		Lingelbach, Karl-Chr.	50
		Römer, Peter	50
		Dietrich, Jochen	55





(leider mussten aus den verschiedensten Gründen Kolleginnen und Kollegen absagen, die gerne gekommen wären, - dann bis zum nächsten mal!)

Für Uniklinika in öffentlicher Hand - gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens!

Im Frühjahr dieses Jahres hat sich der Gesamtpersonalrat beim Staatlichen Schulamt Marburg-Biedenkopf solidarisch erklärt mit den Forderungen der Betriebsräte der Universitätsklinik Gießen und Marburg, jeglichen Stellenabbau zu stoppen, um einer Verschlechterung der Patientenversorgung und der zunehmenden Belastung der Arbeit aller Beschäftigten entgegenzutreten.

Seit kurz vor dem Beginn der Sommerferien gibt es in der Elisabethkirche Woche für Woche montags das gesundheitspolitische Gebet, das dieses Jahr am 26. November mit einer Kerzendemonstration im Anschluss an die Veranstaltung in der Kirche abgeschlossen wurde in dem Bewusstsein, dass wir über dieses Jahr hinaus einen langen Atem benötigen und weiterhin solidarisch, vielgestaltig handeln müssen, um unser Ziel eines gesetzlich gestalteten öffentlichen Krankenhauswesens zu erreichen. Seit dem Sommer trifft sich ein Aktionsbündnis, in dem auch die GEW Mitglied

ist, regelmäßig dienstags, um seine inhaltlich klaren und guten Positionen als Aktionsbündnis immer aufs Neue im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Dazu müssen wir wieder und wieder mit phantasievollen Aktionen in die Presse kommen, denn diese unterliegt der starken Lobby der Privatisierungsbefürworter/innen.

Menschen sind keine Fallpauschalen und sollen auch nicht aufgelöst werden in biologische Bestandteile, für die man Fallpauschalen erfindet, um wie in einer Autowerkstatt bei Autoteilen zu abrechenbaren Leistungsindizes zu kommen.



GEW-Mitglieder aktiv für unser Klinikum...

Fotos: Erich Schumacher



Kollege Ralf Schrader beim Unterschriften sammeln: über 47.000 Unterschriften für den Erhalt der Arbeitsplätze am UKGM sind inzwischen zusammengekommen !

die dann nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten in Anreizsysteme verpackt werden, an deren Ende einerseits Aktienbesitzer/innen auf ihre Rendite warten und andererseits schwache, kranke und arme Bürger/innen dafür bluten müssen.

Krankenhäuser sollen effizient geführt werden, das schon, aber mit ihnen dürfen keine betriebswirtschaftlichen Gewinnziele verbunden werden können, vielmehr muss es das wichtigste Motiv sein und bleiben, mit Pflege und Fürsorge allen betroffenen Menschen zu dienen und das Gemeinwohl zu mehren, wie der dienstälteste Arzt am Uni-Klinikum Marburg, Dr. Konrad Görg, in seiner eindrucksvollen Rede am 1. Oktober ausgeführt hat. (vgl. <http://www.nachdenkseiten.de/wp-print.php?p=14621>)

Ein Krankenhausgesetz könnte von den guten Erfahrungen einer sozialstaatlich organisierten Medizin in den skandinavischen Ländern viel lernen, wo es in der Regel längst keine Halb- oder Dreiviertelgötter in Weiß mehr gibt, auch und gerade nicht an den Universitäten und Medizinischen Hochschulen, sondern Mediziner- und Pflegeteams, die zum Wohle aller gesunden und kranken Menschen zusammenarbeiten.

In diesem Sinne haben wir die **Petition an den Hessischen Landtag** initiiert, die diesem seit dem 29.8. 2012 vorliegt:

In Erwägung, dass die Universitätskliniken Marburg und Gießen infolge ihrer Privatisierung in eine bedrohliche Situation gekommen sind, indem sich die Bedingungen für

- die medizinische Versorgung der Patienten,
 - die Arbeit der Beschäftigten aller Bereiche und
 - die qualitativ hochwertige Ausbildung und Forschung
- in drastischer Weise verschlechtert ha-



ben, appellieren wir an Sie als Abgeordnete des Hessischen Landtags und an die Landesregierung:

Befreien Sie die Unikliniken aus der Abhängigkeit eines privaten Betreibers, der nicht ausschließlich dem Wohl der Beschäftigten, der Patienten und den Aufgaben medizinischer Fakultäten verpflichtet ist, sondern der Renditeerwartung seiner Aktionäre! (JHS)



Per Frachtpost wurde dem Hessischen Landtag eine überdimensionale Postkarte zugestellt, auf der über 80 Delegierte der Vertreterversammlung des GEW-Bezirksverbandes Mittelhessen für einen Rückkauf des privatisierten Uniklinikums Gießen-Marburg plädierten. Das sperrige Format und das Material einer beschichteten Spanplatte sollte die Entsorgung im Papierkorb erschweren. Die Briefmarke hat jetzt Sammlerwert, ob die Landesregierung bei der Zustellung Nachporto zahlen musste ich der Redaktion nicht bekannt.

Schwarze Liste:

Fast vier Jahre nach bekannt werden der geheim geführten „Informationsliste der Schulverwaltung zur Vermeidung der Wiedereinstellung ungeeigneter Lehrkräfte und für den Schuldienst ungeeigneter sozialpädagogischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ kommt das Hessische Kultusministerium seiner Informationspflicht nach und gibt die „Listenföhrung“ bekannt und zwar in Form eines Erlasses vom 11. Oktober 2012 im Amtsblatt (ABI.11/12), Seite 698, unter der Rubrik: NICHTAMTLICHER TEIL - BEKANTMACHUNGEN UND MITTEILUNGEN DES HESS. KULTUSMINISTERIUMS. Das Hessische Kultusministerium verweigert nach wie vor die von der GEW eingeforderte demokratische Kontrolle, z.B. durch den Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer!

**Landesschulamt:
Dienstantritt am 1. Januar 2013**

**Viele offene Fragen -
wenig konkrete
Antworten!**

Wer braucht ein Landesschulamt? Alle Expertinnen und Experten, die im Anhörungsprozess im Hessischen Landtag Stellung bezogen haben, waren der Auffassung, dass ein neu aufzubauendes Landesschulamt im Endeffekt eine unnötige Behörde darstellt.

Schon der Gesetzesentwurf war schlichtweg durchgefallen: Vom Verband der Hessischen Unternehmer (VhU), der konservative Elternverein und Schülerunion, Vertretern von Kirchen, Fachverbänden, Vertreter von Schulamtsdirektoren, Lehrerverbänden bis zur GEW, - alle waren gegen dieses Gesetz, - bis auf zwei:

Der FDP nahe stehende Liberale Lehrerverband und ein Amtsleiter des Amts für Lehrerbildung (AFL). Eine erdrückende Mehrheit dagegen und doch winkte die CDU / FDP- Landesregierung mit ihrer Mehrheit das „Schulreformgesetz“ durch. Auch der aus diesem Grund zurückgetretene bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion Hans-Jürgen Irmer stimmte dem Landesschulamt mit erhobenem Arm zu ohne dabei schamrot zu werden.

Soweit das parlamentarische Vor- und Schauspiel zum Gefallen der wohl jetzt drei Prozentpartei FDP im Hessischen Landtag.

**Information für die
Bildungsverwaltung Nr. 4**

Professor Dr. Ralph Alexander Lorz (diesen Namen muss man sich wahrscheinlich nur bis zur nächsten Landtagswahl merken, oder weiß man noch wer Brockmann war?), - der neue Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium - informierte in einem sechseitigen Schreiben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen Bildungsverwaltung.

Auf sechs eng bedruckten Seiten stellt er eine gewünschte „Partizipation im Dialog“ dar, die er sich von diskussionsfreudigen Expertinnen und Experten, von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhofft, viele hätten ihren „Mitgestaltungswillen bei der Neuausrichtung“ ...signalisiert.

Hat der Herr Staatssekretär einen Kalender, muss man sich fragen? Auch der 6. Dezember ist schon vorbei und bis zum 1. Januar ist nicht mehr lange Zeit. Fragen über Fragen sind offen:

- Welche konkreten Aufgaben werden aus dem HKM an das Landesschulamt (LSA) verlagert?
- Welches sind die strategischen Aufgaben des HKM?
- Welches sind die operativen Aufgaben des LSA?
- Wie werden die Geschäftsprozesse konkret umgesetzt?
- Verlängern sich möglicherweise diese Geschäftsprozesse und braucht man dann dafür mehr Personal?

Staatssekretär Prof. Dr. Lorz hat inzwischen ein „Aufbauteam“ für das LSA eingesetzt. Alle Fragen, die aus der Bildungsverwaltung jetzt kommen sollen direkt an diese Bildungsverwaltungsorganisationsstrukturmanager des Aufbauteams gemailt werden.

Doch welche Antworten sind zu erwarten? ... und wie kann man vor Ort dann damit umgehen? ...denn letztlich müssen bestimmte Fragen dann doch ganz oben, also in der obersten Etage des Landesschulamtes oder des Kultusministeriums entschieden werden. Ja wo eigentlich, fragt man sich als betroffener Fragesteller?

„Ab dem ersten Januar 2013 arbeiten IQ, SSÄ und AfL unter einem Dach zusammen. Kommunikationswege und -prozesse werden dann von der Leitung des Amtes zusammen mit den Führungskräften dieser Institution weiter ausgestaltet werden. Die kommissarische Leitung des Amtes wird Sorge dafür tragen, dass die Gesprächsfäden erhalten bleiben und im gemeinsamen Konzert mit den Abteilungen intensiviert werden...“ (S.5)



Hartmut Möller

Klingt das nicht nach professionaler Lyrik?

Fakt ist aber doch ...

- Ab dem 1. Januar 2013 sind die Staatlichen Schulämter keine eigenständige Behörde mehr.
- Die jetzigen Leiter der Schulämter sind keine Dienstvorgesetzten mehr.
- Dienstvereinbarungen die mit Staatlichen Schulämtern geschlossen wurden sind nicht mehr existent. Dies gilt nicht für den Schul- und Lehrerbereich, da der Amtsleiter für beide Dienstvorgesetzter bleibt. Der Hauptpersonalrat verhandelt diese Fragestellungen mit dem Kultusministerium.
- Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der 15 Hessischen Schulämter sind jetzt Beschäftigte des zentralen Landesschulamtes und können bei Bedarf auch in anderen Schulämtern eingesetzt werden!
- Bei einem Personalüberhang könnten Beschäftigte aus Marburg dann zu den Schulämtern nach Gießen, Fritzlar oder sogar bis nach Frankfurt versetzt oder abgeordnet werden.
- Ein neues „Rahmenpersonalkonzept“ ist im Entwurf fertig. Der Entwurf muss jetzt von der Ministerin und dem Personalrat erörtert werden, wobei unklar ist, welcher Personalrat überhaupt zuständig ist.

Unklar ist weiterhin...

- Was ist bei einem Disziplinarverfahren im Bereich der Mitarbeiter/innen in einem Staatlichen Schulamt? Im Lehrerbereich bleibt der Amtsleiter Dienstvorgesetzter. Bisher war dafür der Amtsleiter vor Ort zuständig für die Recherche, Anhörungen der Betroffenen ... Eine Entscheidung über ein Disziplinarverfahren fällt dann irgendwo in Hessen. Derjenige, der dann Entscheidungen treffen muss, gibt dann möglicherweise wieder Rückfragen und Recherchearbeit zurück an das Amt vor Ort - dann hätte man auch gleich die Arbeit selbst effizienter erledigen können.
- Was ist mit Konkurrentenklagen? Wer ist zuständig?
- Wer betreut die Privatschulen im Einzugsbereich der Schulämter?

Die Liste der Unklarheiten könnte man fortsetzen...

Die Personalverwaltung der Schulämter wird zentralisiert, - die Probleme sind also vorprogrammiert. Das Chaosmodell steht Pate für die „Strukturreform“.

Das Scharnier klemmt - ein Präsident, den keiner (?) kennt

„Das Landesschulamt hat die Funktion eines Scharniers zwischen dem HKM und den Schulen und sichert so die strategischen Vorgaben des Kultusministeriums...“ (S.5)

Ein wichtiges Scharnier in der hessischen Schullandschaft waren und sind die Personalräte vor Ort in den Schulen, die Gesamtpersonalräte auf den Ebenen der 15 Staatlichen Schulämter und der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Kultusministerium.

Ein genauso wichtiges und funktionierendes Scharnier waren und sind die Personalräte der in der Schulverwaltung Beschäftigten.

Die örtlichen Personalräte in den Schulen sollen bleiben, auch die Gesamtpersonalräte der Lehrerinnen und Lehrer an den Schulämtern. Vielleicht muss für die Lehrerinnen und Lehrer jetzt noch eine weitere Personalvertretungsebene direkt beim Landesschulamt eingezogen werden.

Unklar ist aber auch, wie die Personalvertretung der Beschäftigten der Schulverwaltungen organisiert werden wird, denn es gibt ja jetzt nur noch ein Landesschulamt!

Man muss davon ausgehen, dass diejenigen, die das Landesschulamt politisch durchgesetzt haben, wollen, dass der Bau des Amtes völlig geräuschlos über die Bühne geht, doch schon jetzt knallen Teile des morschen Gerüsts auf das blaugelbe Kleinpflaster!

Der Hausherr oder die Hausherrin ist noch nicht bestellt, jedenfalls bis kurz vor dem 1. Januar 2013 gab es noch keine Ausschreibung. Vielleicht braucht man diese auch nicht und setzt einfach einen Staatskommissar oder -kommissarin ein, man nennt ihn oder sie Präsidentin oder Präsident. Vielleicht braucht man auch nur einen kommissarischen Präsidenten, - für die Zeit bis zur nächsten Landtagswahl, denn schon jetzt gibt

es Gerüchte, dass man das Landesschulamt dann wieder abschaffen will!

Das Angebot zum Dialog ist eine Farce - Schulämter existieren nicht mehr!

Man muss zusammenfassend festhalten: Das Angebot des Staatssekretärs kurz vor Weihnachten, kurz vor dem Jahreswechsel in einen Dialog mit den unmittelbar Betroffenen einzutreten ist eine Farce, wenn doch das Landesschulamt zum 1. Januar nächsten Jahres installiert sein soll.

Viele praktische Fragestellungen, die sowohl die Beschäftigten in den Schulverwaltungen, als auch die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort betreffen, sind nicht einmal ansatzweise geklärt und können bis zum 1. Januar nicht mehr geklärt werden.

Wir haben es künftig mit einem Landesschulamt mit seinem hoch bezahlten Präsidenten zu tun und einem Kultusministerium mit einer Ministerin, inklusive deren Ministerialbeamten.

Die Tatsache, dass alle Beschäftigten der Staatlichen Schulämter arbeitsrechtlich in das zentrale Landesschulamt überführt werden, es in den dezentralen Schulämtern aber keinen Dienstvorgesetzten mehr gibt, bedeutet faktisch die Auflösung der 15 Staatlichen Schulämter als eigenständig agierende Behörde.

Wir, die wir uns für den Erhalt der Staatlichen Schulämter konsequent eingesetzt haben, wir fühlen uns, Herr Staatssekretär Professor Dr. Ralph Alexander Lorz, schlichtweg respektlos verschaukelt!

Hartmut Möller

Stellvertretender Vorsitzender
Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen
und Lehrer beim Staatlichen Schulamt
für den Landkreis Marburg-
Biedenkopf

Zitate aus: HKM: Projekt Landesschulamt; Informationsschreiben Nr. 4, November 2012



Über 300 Gesamtpersonalräte aus allen Regionen Hessens protestierten im Mai 2011 vor dem Kultusministerium und setzten sich für den Erhalt der Staatlichen Schulämter ein.

gew-hessen: Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Gesetz zur Reform der Organisationsstruktur der Schulverwaltung (SchVwOrgRG) [Drucksache 18/5545] - Beschluss des Geschäftsführenden Vorstands vom 21. August 2012

Kaum zu glauben: Selbständige Schulen brauchen ein Landesschulamt !???

Staatsministerin Nicola Beer, Regierungserklärung zum Schuljahr 2012/ 2013:

„Hessens Schulen geht es gut, weil wir die Bildungsverwaltung jetzt von der Schule aus denken und gestalten. Die geplante Neuausrichtung der hessischen Bildungsverwaltung hängt ganz wesentlich mit der Selbstständigen Schule zusammen. Selbstständiger werdende Schulen benötigen ein anderes Unterstützungs- und Servicesystem. Die Reform der Bildungsverwaltung ist daher ein Gewinn für alle hessischen Schulen, denn sie dient maßgeblich der Verbesserung von Lehr- und Lernbedingungen an den Schulen vor Ort. Die Arbeitsweise der Schulen hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert, dem muss sich die Bildungsverwaltung anpassen. Das Ministerium als ‚Eingriffsverwaltung von oben‘ ist nicht mehr zeitgemäß. Natürlich kann die Bildungsverwaltung nicht gänzlich neu aufgestellt werden. Es gibt Bewährtes und Erhaltenswertes. Dazu gehört z. B. die Nähe der 15 Staatlichen Schulämter zu den Schulen.“

Anmerkung: Im Landkreis Marburg-Biedenkopf haben sich von 100 nur 2 Schulen als „Selbständige Schulen“ formieren lassen.

Weiterqualifizierung von a.t. (arbeitstechnisch) Fachlehrenden an beruflichen Schulen zu Lehrkräften mit Lehramt

In Sorge um die Nachwuchssicherung im Bereich der Beruflichen Schulen fordert die GEW Hessen: Für die a.t. Fachlehrenden an Beruflichen Schulen ist die Möglichkeit zu eröffnen, das Lehramt an beruflichen Schulen berufsbegleitend zu erwerben. An den beruflichen Schulen gibt es viele a.t. Fachlehrende, die

- eine zweijährige pädagogische Ausbildung am Studienseminar abgeschlossen haben
- seit Jahren erfolgreich Theorieunterricht geben
- Klassenlehrerfunktionen qualifiziert ausüben
- vielfältige Koordinationsaufgaben wahrnehmen
- in schulischen Arbeitsgruppen, Projekten, Personalräten etc. engagiert und kompetent mitarbeiten
- In Prüfungsausschüssen nach dem Berufsbildungsgesetz mitarbeiten
- durch eine zweijährige Weiterbildung eine Unterrichtserlaubnis mit entsprechender Kompetenz z.B. in den Fächern Ethik, Deutsch, Arbeitslehre, Religion, Informatik etc. erworben haben oder
- ein Ergänzungsstudium für den Unterricht für Benachteiligte erfolgreich ab-

geschlossen haben

- seit Jahren eine nachgewiesene erfolgreiche Unterrichtstätigkeit aufweisen, usw.

Die GEW Hessen fordert das Hess. Kultusministerium auf, eine zweijährige berufsbegleitende Qualifizierungsmaßnahme mit angemessener Stundenermäßigung zu initiieren, wo festgestellte Kompetenzen (formal, non-formal wie auch informell erworbene Kompetenzen) zu erfassen sind, wenn folgende Zugangsvoraussetzungen vorliegen:

- Erfolgreicher Abschluss eines zweijährigen Pädagogischen Vorbereitungsdienstes mit der Mindestnote 3
- Mind. 7 Jahre Berufspraxis seit der Einstellung und nachgewiesenes Unterrichten in Lernfeldern
- Dienstliche Beurteilung der Schulleitung

Die Qualifizierung schließt mit einer dem Staatsexamen vergleichbaren Überprüfung zum Erwerb des Lehramtes an beruflichen Schulen ab. Mit erfolgreich abgeschlossener Überprüfung wird die Überleitung in den Höheren Dienst vorgenommen.



1+1 = 1:

GEW Kreisverbände Marburg und Biedenkopf fusionieren

Zum Jahresbeginn 2013 werden sich die beiden Kreisverbände der GEW Marburg und Biedenkopf zu einem Kreisverband vereinigen. Vielen ist das sicher nicht bekannt, das für den Bereich des Marburger Hinterlandes, dem Altkreis Biedenkopf, ein eigener Kreisverband besteht. GEW-Mitglieder in der restliche Region des heutigen Landkreises sind noch in dem Kreisverband GEW-Marburg organisiert.

Die Planungen für die Fusionierung laufen: insbesondere muss eine gemeinsame Satzung erarbeitet werden, die

den Zusammenschluss auch nach rechtlichen Bedingungen erfassen muss. Über den Zusammenschluss müssen zunächst die Mitglieder in getrennten Mitgliederversammlungen beraten und abstimmen. Direkt im Anschluss wird man sich dann auf einer gemeinsamen Mitgliederversammlung auf den Weg machen: dann kommen auch in unserem Landkreis Ost und West endlich zusammen !

Durch die Fusion entsteht einer der mitgliederstärksten GEW-Kreisverbände in Hessen und darauf sind wir dann auch ein wenig stolz!

Der direkte Draht zu den Mitgliedern der GEW im Gesamtpersonalrat:

Angelika Gerschlauer **1. Vorsitzende**
Tel.: 06462 913183 e-mail: webmaster@agerschlauer.de
Tel.: 06421 616-560 (GPRLL-Büro)

Hartmut Möller **2. Vorsitzender**
Tel.: 06421 590267 e-mail: moellermarburg@googlemail.com
Tel.: 06421 616-560 (GPRLL-Büro)

Hans Braun
Tel.: 06424 924247 e-mail: hans.braun@gmx.de

Katharina Denig
Tel.: 06421 889933 e-mail: kdenig@gmx.de

Jürgen Hahn-Schröder
Tel.: 06421 1689220 e-mail: hahn-schroeder@t-online.de

Heike Hüppner
Tel.: 06421 485920 e-mail: h.hueppner@freenet.de

Maria Jacobsohn
Tel.: 06421 1678783 e-mail: maria.jacobsohn@web.de

Hille Kopp-Ruthner
Tel.: 06421 21525 e-mail: hille.kopp@gmx.de

Denise Kuhnt **Angestelltenvertreterin**
Tel.: 06421 360718 e-mail: denisekuhnt@web.de

Wiltrud Lambinet-Potthoff **Fraktionssprecherin**
Tel.: 06421 78786 e-mail: lambinetw@aol.com

Direkter Draht zum Gesamtvertrauensmann der Schwerbehinderten:

Werner Wörder
06421 163820 wew@gmx.tn

Direkter Draht zum Hauptpersonalrat beim Kultusministerium:

Monika Frobels
06421 982945 monifrobels@aol.com

GEW Marburg
Schwanallee 27-31
35037 Marburg
Tel.: 06421 21812 - Fax 164532
e-mail: gew-marburg@t-online.de

GEW Biedenkopf
Am Hemmerich 4
35102 Lohra
Tel.: 06462 913183 - Fax 913234
e-mail: webmaster@agerschlauer.de

Rechtsberatung der GEW

Sprechzeiten in der GEW-Geschäftsstelle
Marburg, Schwanallee 27-31, Tel.: 06421 21281

Rechtsberatung mit Doris Bunke:
Nach Vereinbarung

Rechtsberatung mit Volrad Döhner:
Donnerstags 20:00-22:00 Uhr (jeden 2. und 4. Donnerstag)

Rechtsberatung mit Angelika Gerschlauer:
Nach Vereinbarung, Tel.: 06462 913183

Impressum

Herausgeber:
GEW-Kreisverbände
Marburg und Biedenkopf
Schwanallee 27 - 31, 35037 Marburg
Telefon: 06421 - 21812
Fax: 06421 - 164532
e-mail: gew-marburg@t-online.de
Layout: Erich Schumacher
Druck: Druckhaus Marburg
Auflage: 3000

Das Redaktionsteam dieser Ausgabe

Katharina Denig
Jürgen Hahn-Schröder
Heike Hüppner
Wiltrud Lambinet-Potthoff
Hartmut Möller

Briefe an die Redaktion:

 gew-aktiv@web.de

Nicht zu fassen:

Wieder Einsparungen auf Kosten bereits benachteiligt Beschäftigter an Hessens Schulen!

Die Sommerferienbezahlung für befristet Beschäftigte im Schuldienst ist nach wie vor nur unter eingeschränkten Voraussetzungen möglich - trotz jahrelanger Proteste der GEW und der Gesamtpersonalräte! So wurden auch in diesem wieder Jahr befristet Beschäftigte während der Ferien nicht bezahlt, da ihr Anschlussvertrag erst nach den Sommerferien abgeschlossen wurde.

Eine weitere Benachteiligung ergibt sich in diesem Jahr zusätzlich durch Änderungen in der Pflichtstundenverordnung, in deren Zusammenhang auch die Richtlinien für das Lebensarbeitszeitkonto (LAK) bei Lehrkräften und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen geändert wurde. Hierin wird u.a. neu geregelt, dass „bei befristeten Arbeitsverhältnissen, die mindestens über die gesamte Unterrichtszeit eines Schuljahres geschlossen werden, (...) der Ausgleich des Lebensarbeitszeitkonto in Zeit“ zu erfolgen hat. Dieser Ausgleich ist „durch die Schule“ zu organisieren. Der Ausgleich soll also nicht mehr wie bisher automatisch in Form einer entsprechenden Bezahlung erfolgen, sondern durch Freizeitausgleich, d.h. durch Unterrichtsausfall zum Ende eines Schuljahres. Denkbar sei, so Amtsleiter Herr Müller, auch, den betroffenen Kolleginnen und Kollegen einen zusätzlichen VSS-Vertrag zu geben, um den eigenen Unterrichtsausfall zu kompensieren. Dies wird jedoch nach unserer Auffassung noch rechtlich zu klären sein. In den letzten zwei Wochen den Unterricht ausfallen oder in-

tern vertreten zu lassen, ist keine Lösung.

Auf keinen Fall sollten die Behörden darauf hoffen, die befristet Beschäftigten würden aus Pflichtbewusstsein für die ihnen anvertrauten Schülerinnen und Schüler ihren Unterricht ohne Bezahlung halten.

Wir fordern deshalb die Erhöhung der auf ein Jahr befristeten Arbeitsverträge um die Stunden, die zum Ausgleich des Lebensarbeitszeitkontos notwendig sind!



Denise Kuhnt

Denise Kuhnt

Mitglied im Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (GPRL)

➔ Für weitere Informationen stehe ich gerne zur Verfügung: denisekuhnt@web.de

LiV aufgepasst:

Die Lehrprobenbörse der GEW im Netz

Unterricht vielseitig gestalten - Materialien online tauschen - Für alle Klassenstufen

Alle GEW-Mitglieder können 3 Lehrproben downloaden. Danach muss 1 Lehrprobe gespendet werden, damit der Zugang wieder freigeschaltet werden kann. Für Nicht-Mitglieder gilt: 1 Lehrprobe kann heruntergeladen werden.

Dann muss eine gespendet werden, um wieder Zugang zu erhalten.

➔ www.gew-berlin.de/lehrprobenboerse

Aua - Mathe tut weh!

Die Angst vor einer Klassenarbeit in Mathematik kann bei Kinder und Jugendlichen echte Schmerzen verursachen. „Das haben ein US-amerikanischer und ein kanadischer Hirnforscher jetzt nachgewiesen. Sie untersuchten Menschen mit ausgeprägter Mathematik-Angst im Hirnscanner - vor und beim Lösen von Rechenaufgaben. Dabei stellten sie fest, dass die Angst Zentren im Gehirn aktiviert, die normalerweise auf

körperliche Schmerzen reagieren.“ (FR 2.11.2012)

Ob die Hirnforscher ihre Projekt ausweiten auf Ängste vor Physik-, Chemie-, Englisch-, Lateintests...ist der Redaktion nicht bekannt.

➔ www.fr-online.de
Mathe - Angst

Information aus der GEW-Tarifkommission Hessen:

Befristete Verträge reduzieren - für mehr Festeinstellungen

Die Tarifkommission hat beschlossen, im Zuge der anstehenden Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern eine Vereinbarung zur stufenweisen Reduzie-

rung der befristeten Beschäftigungsverhältnisse auf 50% des derzeitigen Niveaus an Schulen und Hochschulen zu treffen.